

neue. praxis

Zeitschrift für
Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik

Soziale Arbeit in Zeiten der Digitalisierung

Eingriffsschwellen beim Kinderschutz

Demokratie, Stadtteilgesellschaft und
Sozialpädagogik

Suchtprävention per Smartphone

Politische Aufgaben in der Praxis Sozialer
Arbeit

Herausgeber

Hans-Uwe Otto, Hans Thiersch

Redaktion

Karin Böllert, Münster; Gaby Flösser, Dortmund;
Hans-Uwe Otto (verantwortlich), Bielefeld; Rainer
Treptow, Tübingen.

Redaktionsanschrift

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Uwe Otto,
Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaft,
Postfach 100131, 33501 Bielefeld
Tel. 0521 1063308 oder 0521 9811214
e-mail: hansuwe.otto@uni-bielefeld.de

Beirat

Sabine Andresen, Frankfurt/M.; Gerhard Bäcker, Duisburg;
Maria Bitzan, Esslingen; Karin Bock, Dresden; Lothar
Böhnisch, Dresden; Margrit Brückner, Frankfurt/M.;
Micha Brumlik, Frankfurt/M.; Hauke Brunkhorst,
Flensburg/Berlin; Thomas Coelen, Siegen; Thomas
Feldes, Bochum; Thomas Gabriel, Dübendorf (CH);
Klaus Grunwald, Stuttgart; Franz Hamburger, Mainz;
Andreas Hilliger, Potsdam; Reinhard Hörster, Halle/S.;
Maria-Eleonora Karsten, Lüneburg; Fabian Kessl, Essen;
Heiner Keupp, München; Björn Kraus, Freiburg;
Dieter Kreft, Nürnberg; Dietrich Lange, Reutlingen;
Stefan Leibfried (†), Bremen; Christian Lüders,
München; Peter Marquard, Hamburg; Joachim Merchel,
Münster; Dirk Michel, Kopenhagen; Johannes Münder,
Berlin; Wolfgang Nieke, Rostock; Ulrich Otto, Zürich;
Thomas Rauschenbach, München; Helmut Richter,
Hamburg; Christoph Sachße, Kassel; Klaus Schäfer,
Köln; Werner Schefold, München; Stefan Schnurr,
Basel/Olten (CH); Wolfgang Schröer, Hildesheim;
Friedrich W. Seibel, Koblenz; Werner Springer, Essen;
Heinz Sünker, Wuppertal; Werner Thole, Kassel;
Friedhelm Vahsen, Hildesheim; Reinhard Wiesner, Bonn

Verlag

Verlag neue praxis GmbH,
Lahneckstr. 10, 56112 Lahnstein
Tel. 02621 187159
Fax 02621 187176
E-mail: info@verlag-neue-praxis.de
Bankkonto: Volksbank Rhein-Lahn
BLZ 57092800
Kto.-Nr. 200240715

IBAN: DE95570928000200240715

BIC: GENODE51DIE (Ort Diez)

Alleingesellschafterin:
Ute C. Renda-Becker

Bezugspreis

Die np erscheint 6 x jährlich.
Einzelheft 19,- €,
Jahresabonnement 79,- €,
Studierendenabonnement 64,- €. Die SLR (erscheint 2 x jährlich) kostet im
Kombiabonnement mit der np 19,- €
zzgl. Zustellgebühr

Das Abonnement der *neuen praxis* ist schriftlich
mit einer Frist von sechs Wochen zum Ende eines
Kalenderjahres kündbar. Probeabonnements, die
nicht acht Tage nach Erhalt des letzten Probeheftes
schriftlich gekündigt werden, gehen automatisch
in ein Jahresabonnement über.

ISSN 0342-9857

Anzeigen

Zurzeit gilt Anzeigenpreislste Nr. 19 vom 1.1.2006

Verwaltung und Auslieferung

Verlag neue praxis GmbH, Lahnstein

Satz

MedienServiceCenter Ute C. Renda-Becker, Lahnstein

Druckerei und Lieferanschrift für Beilagen

Rewi Druckhaus, Wiesentraße 11,
57537 Wissen

Nachdruck von Beiträgen nur mit Genehmigung der
Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen. Zurücksendung
erfolgt nur, wenn Porto beigefügt ist. Die Zeitschrift
kann durch die Buchhandlung und direkt vom Verlag
bezogen werden. Alle Rechte, auch die der
fotomechanischen Wiedergabe sind vorbehalten.

Manuskriptangebote senden Sie bitte per E-Mail
direkt an: hansuwe.otto@uni-bielefeld.de. Alle
Beiträge durchlaufen ein blind-peer-review-Verfahren.

Copyright

© Verlag neue praxis GmbH, Lahnstein

*Die neue praxis wird regelmäßig im »Sozialwissen-
schaftlichen Literaturinformationssystem SOLIS«
des Informationszentrums Sozialwissenschaften
(Lennéstr. 30, 53113 Bonn) erfasst.*

BEITRÄGE

- Horst Bossong*
Soziale Arbeit in Zeiten der Digitalisierung: Entwicklungspotenziale mit Schattenseiten 303
- Dirk Bange*
Haben sich die Eingriffsschwellen beim Kinderschutz verändert?
Eine Analyse der Kinder- und Jugendhilfestatistik und einschlägiger Untersuchungen 325
- Stephan Maykus*
Demokratie, Stadtteilgesellschaft und Sozialpädagogik.
Die Theorie des demokratischen Symbolismus im Kontext der Kommune als gesellschaftlicher Ort
politischer Inklusion 342
- Gundula Barsch/Julia Walta*
Suchtprävention per Smartphone: Wie geht das? 360
- Günter Roth/Sonja Ragus*
Sozialarbeit und Politik – Wie beurteilen SozialarbeiterInnen politische Aufgaben in der Praxis
Sozialer Arbeit und wie politisch interessiert, engagiert und kompetent sehen sie sich selbst? 376

BERICHT

- Helen Knauf/Marcus Knauf*
Familien unter Generalverdacht.
Präventionsmaßnahmen für Kinder unter sechs Jahren in Nordrhein-Westfalen 390

NP-AKTUELL

- Information 399

● Das Thema Digitalisierung erreicht mit ziemlicher Wucht den Sozialsektor, d.h. die freige-
meinnützig und gewerblich organisierte Soziale
Arbeit gleichermaßen wie die öffentliche
Sozialverwaltung. Zwar wird, mit offenbar
steigender Tendenz, auch im Praxisfeld das
Thema für wichtig gehalten, doch scheint nur
eine Minderheit der im sozialen Sektor Tätigen
davon überzeugt, hinreichend für die mit der
Digitalisierung einhergehenden Veränderun-
gen gerüstet zu sein. Vor diesem Hintergrund
betrachtet *Horst Bossong* beispielhaft drei
Praxisfelder: die Infrastruktur- resp. Sozial-
planung, die Einzelfallhilfe und den Bereich
prädiktiver Steuerung.

● *Dirk Bange* analysiert in seinem Beitrag die
vorliegenden Statistiken der Kinder- und
Jugendhilfe sowie Studienergebnisse zu Kin-
derschutzmaßnahmen im Zeitraum zwischen
2005 bis 2016, um die These der Absenkung
der Eingriffsschwellen zu überprüfen beziehungs-
weise Erklärungen für die Zunahme der
Schutzmaßnahmen zu finden. Als Ausgangsjahr
wurde das Jahr 2005 gewählt, da seinerzeit
im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfeent-
wicklungsgesetzes (KICK) der § 8a ins SGB
VIII aufgenommen und der Schutzauftrag der
Kinder- und Jugendhilfe (KJH) konkretisiert
wurde.

● Die Re-Politisierung der Sozialen Arbeit
erfährt eine zunehmende Akzeptanz, führt

allerdings auch zu einer Unschärfe in der
empirischen Analyse und theoretischen Ar-
gumentation. *Stephan Maykus* versucht eine
exemplarische Klärung dieses komplexen
Sachverhaltes, indem politische und sozialpä-
dagogische Theorie in ein Ergänzungsverhält-
nis gebracht werden und eine Hintergrundfolie
für kommunale Sozialpädagogik begründen.

● *Gundula Barsch* und *Julia Walta* nehmen in
ihrem Beitrag die im Zuge der Digitalisierung
entstehenden neuen Möglichkeiten des
Umgangs mit Informationen und die rasant in
den Alltag einziehenden digitalen Techniken
in den Blick. Zentrale Frage ist, ob die sich
regelmäßig einstellenden Herausforderungen
suchtpräventiven Bemühens im Engagement
für schlecht beziehungsweise sogar nicht
erreichbare Zielgruppen über digitale Medien
besser zu bewältigen sind und den Zielgruppen
auf diese Weise zu deutlichen Gewinnen an
Selbstfürsorge verholfen werden kann.

● Ungeachtet der konzeptuellen und normativen
Diskussion um politische Aufgaben Sozialer
Arbeit fehlen dazu aber bisher empirische
Daten und Analysen. *Günter Roth* und
Sonja Ragus stellen deshalb in ihrem Beitrag
Ergebnisse einer explorativen Befragung
von SozialarbeiterInnen vor zur Frage, wie
diese politische Aufgaben in ihrer Praxis
wahrnehmen und inwiefern sie sich selbst
politisch engagiert, interessiert und kompetent
einschätzen.

Horst Bossong

Soziale Arbeit in Zeiten der Digitalisierung: Entwicklungspotenziale mit Schattenseiten

1 Einleitung

Das Thema Digitalisierung¹ erreicht mit ziemlicher Wucht den Sozialsektor, d.h. die frei-gemeinnützig und gewerblich organisierte Soziale Arbeit gleichermaßen wie die öffentliche Sozialverwaltung. Zwar wird, mit offenbar steigender Tendenz, auch im Praxisfeld das Thema für wichtig gehalten, doch scheint nur eine Minderheit der im sozialen Sektor Tätigen davon überzeugt, hinreichend für die mit der Digitalisierung einhergehenden Veränderungen gerüstet zu sein; es sei vielmehr, so resümieren Hartmut Kopf und Raimund Schmolze-Krahn (2018: 95) ihre Befunde, nach wie vor ein »Angstthema«. Vielfach heiße es: »Bevor wir da etwas falsch machen, machen wir lieber nichts« (ebd.).

Kein Wunder also, dass im deutschsprachigen Raum insgesamt beträchtliche empirische Forschungsdesiderate zu verzeichnen sind (einen guten Überblick bieten Becka et al. 2017). Allerdings beschäftigt sich die sozialarbeitswissenschaftlich einschlägige Forschung durchaus seit mehreren Jahren mit dem Thema, so beispielsweise mit den Möglichkeiten der Online-Beratung (Gehrmann, 2010; Feikert, 2016; Klein, 2015; Reindl, 2015), mit Fragen der Medienpädagogik und -didaktik (Berger, 2014; Falk et al., 2016; Helbig, 2014; Justen-Horsten/Paschen, 2016) sowie mit IT-gestützten Dokumentationsverfahren und, wenngleich noch eher selten, entsprechenden Diagnostiktools (Kindler, 2010; Kutscher/Ley/Seelmeyer, 2014; Merchel/Tenhaken, 2015), hingegen intensiver mit der Epidemiologie und Kasuistik so genannter Medien- bzw. Internetsucht (vgl. hierzu: https://www.drogenbeauftragte.de/fileadmin/dateien-dba/Drogenbeauftragte/4_Presse/1_Pressemittteilungen/2017/2017*III_Quartal/Drogen-_und_Suchtbericht_2017_V2.pdf; S. 61-66) sowie mit zielgruppenbezogenen Aspekten des Datenschutzes. Schließlich findet sich aber auch eine teilweise stark normativ bzw. professionstheoretisch ausgerichtete Kritik entsprechender methodisch-technischer Perspektiven². In nicht wenigen Praxisstellen zielt die Aufmerksamkeit eher auf basale Einzelaspekte³ wie etwa das Thema der Internetpräsenz behördlicher Dienststellen und sozialer

Beträchtliche
empirische
Forschungs-
desiderate

- 1 Der Begriff »Digitalisierung« wird nachfolgend als Chiffre für vielfältige Formen der informationstechnischen Innovation benutzt. Mit Blick auf den Sozialsektor vgl. näher: Kutscher/Ley/Seelmeyer (2015a); Wolff (2018: 47); im Hinblick auf Künstliche Intelligenz (KI) und Robotik: Bostrom (2016), Eberl (2017).
- 2 Pascal Bastian (2016: 94) resümiert die gängige Kritik wie folgt: Diese sähe die »Informationstechnisierung v. a. als Instrument zur neoliberal geprägten Wohlfahrtstransformation und den damit einhergehenden Managerialisierungstendenzen in der Sozialen Arbeit«.
- 3 Hierauf macht bspw. Helmut Kreidenweis (2017: 163) kritisch aufmerksam, der zu den wenigen gehört, die sich im deutschsprachigen Raum bereits seit langem schon mit organisationsstrukturellen und prozessoptimierenden Fragen im Kontext der Digitalisierung befasst: Viele Akteure, so seine Einschätzung, gingen immer noch davon aus, dass die neuen Technologien »personenbezogene Dienstleistungen bestenfalls am Rande« betreffen.

Dirk Bange

Haben sich die Eingriffsschwellen beim Kinderschutz verändert?

Eine Analyse der Kinder- und Jugendhilfestatistik und einschlägiger Untersuchungen

In den letzten Jahren mehren sich die Stimmen, die unterstellen, die Eingriffsschwellen im Kinderschutz seien gesenkt worden. So forderte zum Beispiel der familienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marcus Weinberg, in der Welt am Sonntag vom 16.09.2017 die Einsetzung einer Kommission zur »Aufarbeitung von Kindesentzügen«. Er habe »als Abgeordneter mittlerweile so viele Fälle von nicht nachvollziehbaren Inobhutnahmen, Sorgerechtsentzügen, aber auch Klagen von Pflegeeltern über die Behörden zugesendet bekommen, dass ich davon überzeugt bin, dass es sich nicht mehr um wenige Einzelfälle besonders versagender Eltern und schwieriger Kinder handelt«. Aber nicht nur aus der Politik sind solche Warnhinweise zu vernehmen. Reinhold Schone (2017, 17) formuliert es ähnlich: »Schon seit Jahren lässt sich beobachten, dass bezüglich der Grenzziehung der Kindeswohlgefährdung und der damit verbundenen Eingriffsschwelle staatlicher Instanzen etwas in Bewegung geraten ist. Die Interventionsschwellen werden im Namen des Kinderschutzes immer weiter vorverlagert. Diese Dynamik lässt sich sowohl an Einzelstatistiken in Jugendämtern als auch als genereller Trend in der Bundesrepublik an der Bundesstatistik unzweifelhaft nachvollziehen«. Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig, die Hintergründe für solche Aussagen zu beleuchten.

Zunehmende
Warnhinweise

Im folgenden Beitrag werden die vorliegenden Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe sowie Studienergebnisse zu Kinderschutzmaßnahmen im Zeitraum zwischen 2005 bis 2016 analysiert, um die These der Absenkung der Eingriffsschwellen zu überprüfen bzw. Erklärungen für die Zunahme der Schutzmaßnahmen zu finden. Als Ausgangsjahr wurde das Jahr 2005 gewählt, da seinerzeit im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfeentwicklungsgesetzes (KICK) der § 8a ins SGB VIII aufgenommen und der Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe (KJH) konkretisiert wurde. Ausgangspunkt dieser gesetzlichen Änderung und der zahlreichen seitdem ergriffenen Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Kinderschutzes waren insbesondere dramatische Fälle von Vernachlässigung, die zum Tode der betroffenen Kinder führten. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass nicht bei allen Statistiken der KJH durchgängige Zeitreihen seit 2005 vorliegen, da im Jahr 2012 das Bundeskinderschutzgesetz in Kraft getreten ist und es gravierende Änderungen der Statistik gegeben hat.

Analysezeit-
raum 2005
bis 2016

Stephan Maykus

Demokratie, Stadtteilgesellschaft und Sozialpädagogik

Die Theorie des demokratischen Symbolismus im Kontext der Kommune als gesellschaftlicher Ort politischer Inklusion

»Letzten Endes ist Politik eine Einmischung der Gesellschaft in Menschenleben.« (Fassin, 2017: 175)

Demokratie ist in ihren Bezügen zur Sozialen Arbeit nicht eindeutig geklärt: Entweder fungiert sie als ein »Gegenüber« und gilt als Merkmal für die Beschaffenheit einer freien Gesellschaft, für die Analyse von Gerechtigkeit in ihr und als Maßstab für die Bewertung von Ungleichheit. Dabei wird dann Demokratie zu einer Zielmarke der Verbesserung gesellschaftlicher Verhältnisse. Oder aber Demokratie steht für eine »Innenperspektive« der Sozialen Arbeit, die sie als bestimmte Qualität nimmt für das eigene Handeln, das dann partizipativ, ideal kommunizierend, inklusiv, gerecht – eben demokratisch scheint. Dabei findet eine Vermischung von politischer und sozialpädagogischer Theorie sowie Praxis statt, so dass sozialpädagogisches Agieren nicht nur als politisch wirksam, sondern auch selbst als politisch gilt. Das führt zu viel Akzeptanz einer Re-Politisierung der Sozialen Arbeit, allerdings auch zu einer Unschärfe in der empirischen Analyse und theoretischen Argumentation. Der Beitrag versucht eine exemplarische Klärung dieses komplexen Sachverhaltes, indem politische und sozialpädagogische Theorie in ein Ergänzungsverhältnis gebracht werden und eine Hintergrundfolie für kommunale Sozialpädagogik begründen: Die Öffentlichkeit der kommunizierenden Menschen im Stadtteil als Kommune wird dabei zu einer Kategorie erklärt, die den Ansatz eines »demokratischen Symbolismus« (Richter, 2016) mit den Grundlegungen einer »Pädagogik des Sozialen in der Stadtgesellschaft« (Maykus, 2017) in Verbindung bringt. Denn der demokratische Symbolismus verzahnt die Analyse von Sinn, Handeln und Normativität interagierender Menschen in der öffentlichen Sphäre mit dem Ziel, die uneingeschränkte und gleichwertige Teilnahme daran für alle Menschen zu ermöglichen. Kommunales Handeln der Sozialpädagogik erhält durch diese Perspektive der Demokratietheorie eine plausible, kohärente Grundlage für ihre Konzepte und kann ihre Beziehung zu korrespondierenden Ansätzen der deliberativen Demokratie (vgl. Habermas, 1999) sowie der Anerkennungstheorie (vgl. Honneth, 2016, 2018) näher bestimmen.

Das ist in den vergangenen Jahren der Debatte um Soziale Arbeit verloren gegangen, Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit gelten eher als Leitrahmen, nicht aber als theoretischer Kern einer Sozialen Arbeit, die diese auch zu unterscheiden und vor allem zu trennen weiß (vgl. Mührel/Röh, 2013). Wenn individuelle, soziale und gesellschaftliche Probleme als Gegenstand einer Sozialen Arbeit gelten, die mit professioneller Hilfe (also kompensierender Sozialintegration) beantwortet werden sollen, verwundert dieser Umstand auch nicht. Die Anpassung an gesellschaftliche Normen und das Abstellen von Not kommt offenbar ohne derartige

Demokratischer Symbolismus

Gundula Barsch/Julia Walta

Suchtprävention per Smartphone: Wie geht das?

1 Suchtprävention immer vor Herausforderungen

Internationale und nationale Erfahrungen bestätigen unisono, dass Suchtprävention regelmäßig vor der Aufgabe steht, die für wichtig erachteten Zielgruppen mit ihren Botschaften tatsächlich zu erreichen. Wohl deshalb stehen im Zentrum vieler Forschungen regelmäßig »hard-to-reach target-groups« (vgl. Labonté-Roset und Bilke 2010). Dabei ist mit »hard-to-reach« nicht nur das passgenaue Platzieren von Botschaften und Impulsen zur Änderung von Verhaltensweisen gemeint, die von der Zielgruppe auch inhaltlich verstanden, emotional akzeptiert und lebenspraktisch umgesetzt werden können. Oft ist mit »hard-to-reach« auch die simple Frage gestellt, was die richtigen Orte und die richtigen Zeitpunkte sind, an denen die Menschen der Zielgruppe tatsächlich angetroffen werden können und wie man diese überhaupt findet (vgl. ebd.). Diese Herausforderung stellt sich offenkundig unabhängig davon, welche Gruppe in den Fokus des suchtpräventiven Bemühens rückt. Sie steigt jedoch ganz besonders, wenn die Zielgruppe zusätzlich in öffentlichen Meinungsbildern und allgemeinen Urteilen der Bevölkerung stigmatisiert, aus vielen Lebensbereichen ausgegrenzt und darüber hinaus kriminalisiert wird (vgl. Stöver, 2016). Die Chancen, mit Information und Aufklärung frühzeitig intervenieren und zur Selbstfürsorge motivieren zu können, sinken für Menschen in derartigen Lebenslagen erheblich und lassen diese zu Angehörigen einer mehrfach benachteiligten Gruppe werden – von besonderen Risiken tangiert und ohne Chance, auf die Suche nach einer bedarfsgerechten Hilfe gehen zu können.

Suchtprävention und hard-to-reach-target-groups

In Anbetracht dieser Problembündelungen liegt es nahe, die im Zuge der Digitalisierung entstehenden neuen Möglichkeiten des Umgangs mit Informationen und die rasant in den Alltag einziehenden digitalen Techniken in den Blick zu nehmen. Zentrale Frage ist, ob die sich regelmäßig einstellenden Herausforderungen suchtpräventiven Bemühens im Engagement für schlecht bzw. sogar nicht erreichbare Zielgruppen über digitale Medien besser zu bewältigen sind und den Zielgruppen auf diese Weise zu deutlichen Gewinnen an Selbstfürsorge verholfen werden kann.

2 Das Beispiel CheckPoint-C: Eine App für Crystal-KonsumentInnen

Das hier vorgestellte Projekt CheckPoint-C greift Entwicklungen rund um die Substanz Methamphetamin auf, die seit Mitte der 2000er Jahre verstärkt für den Freizeitbereich entdeckt und auf sehr unterschiedliche Weise in den Alltag eingebunden wird. In der Folge wird, mit gewissem Zeitverzug, seit Ende 2009 insbesondere in den an Tschechien grenzenden Teilen Bayerns, Baden-Württembergs, Thüringens, Sachsens sowie in den südlichen Teilen Sachsen-Anhalts und Brandenburgs auf eine wachsende Konfrontation der Hilfesysteme mit Problemen des Crystal-Konsums aufmerksam gemacht (vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales

Günter Roth/Sonja Ragus

Sozialarbeit und Politik

Wie beurteilen SozialarbeiterInnen politische Aufgaben in der Praxis Sozialer Arbeit und wie politisch interessiert, engagiert und kompetent sehen sie sich selbst?

1 Einführung¹

In Fachkreisen wird oft eine ›Repolitisierung‹ Sozialer Arbeit gefordert und über das mangelnde politische Engagement sowie eine schwache berufliche, fachpolitische und gewerkschaftliche Interessenvertretung in diesem Feld geklagt (vgl. Seithe, 2012; Lallinger/Rieger, 2007). Andererseits trifft die Reklamation eines ›politischen Mandats‹ Sozialer Arbeit auch auf grundsätzlichen Widerspruch in der Disziplin, mit der pointierten Empfehlung, sich lieber auf wirksame, professionelle Hilfeleistungen für Bedürftige zu beschränken, Merten sieht die Appelle zur Politisierung sogar als Ausdruck oder Folge moralischen Unbehagens aufgrund unlösbarer sozialer Probleme (vgl. Merten, 2007: 65 f.). Ungeachtet der – hier nur einführend skizzierten – konzeptuellen und normativen Diskussion um politische Aufgaben Sozialer Arbeit fehlen dazu aber bisher *empirische* Daten und Analysen. Deshalb werden im vorliegenden Beitrag Ergebnisse einer explorativen Befragung von SozialarbeiterInnen vorgestellt zur Frage, wie SozialarbeiterInnen politische Aufgaben in ihrer Praxis sehen und inwiefern sie sich politisch engagiert, interessiert und kompetent einschätzen.

Zum Hintergrund

Doch zunächst kurz zum *Hintergrund*: Die International Federation of Social Workers formuliert in ihrem Selbstverständnis Sozialer Arbeit einen eminent hohen politischen Anspruch, wonach diese die soziale Entwicklung, den Zusammenhalt und die Befähigung, ja Befreiung von Menschen fördern soll.² Dazu stellt sich als aktuelle Problemlage und Herausforderung eine verbreitete politische Enttäuschung, Enthaltung und Verdrossenheit, gerade bei sozial Benachteiligten und Jüngeren, infolge sozialpolitischer Einschnitte und ›Reformen‹ der letzten Jahre und einer drastisch verschärften sozialen Ungleichheit.³ Andererseits weist z.B. Merten weitreichende Forderungen nach einer politischen Positionierung der Sozialen Arbeit mit der Betonung konkreter Hilfen für Bedürftige zurück und auch mit dem Hinweis, es sei der Sozialen Arbeit ja noch nicht einmal die

1 Wir danken zwei anonymen Gutachterinnen oder Gutachten und der Redaktion für Hinweise und Kritik zu einer früheren Fassung. Zudem danken wir allen Teilnehmenden an den Befragungen.

2 Vgl. <http://ifsw.org/>; vgl. National Association of Social Workers, Council on Social Work Education, Mizrahi/Dodd, 2013. Die Begriffe Soziale Arbeit, Sozialarbeit und Sozialpädagogik werden hier synonym verwendet, ungeachtet aller Diskussionen um Abgrenzungen im Einzelnen (vgl. dazu allg. z.B. Thole, 2011).

3 Zum Zusammenhang politischer Verdrossenheit und sozialer wie politischer Ungleichheit siehe: Schäfer, 2008; Schäfer, 2013; Merkel/Krause, 2015; Elsässer et al., 2016; Roth, 2016.

Helen Knauf/Marcus Knauf

Familien unter Generalverdacht

Präventionsmaßnahmen für Kinder unter sechs Jahren in Nordrhein-Westfalen

Die gesellschaftlichen Diskurse um den Förderbedarf (»Bildungskindheit«) und Schutzbedarf (»Risikokindheit«) von Kindern haben zu einem verstärkten Eingreifen des Staates in die Erziehung von Kindern unter sechs Jahren geführt. Die staatlichen Eingriffe und Maßnahmen folgen dabei einer Präventionslogik deren Ziel es ist, problematische Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und so eine Basis für passende Interventionen zu schaffen. Der vorliegende Beitrag analysiert exemplarisch zwei Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen: das Kindervorsorge- und Früherkennungsprogramm und die medizinische Schuleingangsuntersuchung. Kennzeichen dieser Maßnahmen ist es, dass sie nicht auf ein individuelles Erziehungsversagen der Eltern reagieren, sondern flächendeckend auf alle Kinder angewandt werden. Für diese beiden Maßnahmen kommt die Analyse zu dem Schluss, dass sie die in sie gesetzten Ziele unzureichend erfüllen. Damit fehlt die Legitimation für die erheblichen Eingriffe des Staates in Erziehungsfragen von Familien und in die Persönlichkeitsrechte von Kindern und Eltern.

1 Einleitung: Kindheit als hoch-sensible Phase

Kindheit wird heute als eine Phase besonderer Chancen und Potenziale verstanden, deren bestmögliche Nutzung eine positive Weichenstellung für den weiteren Lebensweg ermöglicht (»Bildungskindheit«; Klinkhammer, 2014; Betz/Bischoff, 2018). Zugleich wird Kindheit als eine Lebensphase großer Verletzlichkeit wahrgenommen, in der Kinder besonders schutzbedürftig und sensibel für Erschütterungen und Störungen sind (»Risikokindheit«; Dekker,

2009). Die Lebensphase Kindheit erscheint in dieser Perspektive als besonders risikobehaftet, weshalb im englischen Sprachraum der Begriff »childhood at risk« Verbreitung gefunden hat (Furedi, 2013). Die Verletzlichkeit von Kindern zeigt sich diesem Diskurs zufolge nicht nur in medizinischen Belangen, sondern auch in sozio-emotionaler Hinsicht. Verbunden mit dieser Argumentation ist der Befund, dass eine wachsende Zahl von Kindern als gefährdet (»at risk«) diagnostiziert wird, was vor allem auch auf eine Verschiebung der Wahrnehmung von Gefährdungen zurückgeführt wird (Dekker, 2009). Betz und Bischoff (2013: 76) verorten das Reden über Kindheit innerhalb eines »Risikodiskurses«, der durch eine besondere Defizitorientierung gekennzeichnet ist. Kinder werden dabei im Kontext verschiedener »Bedrohungsszenarien« gesehen (a.a.O.: 77); sie werden als potenzielle Opfer und deshalb schutzbedürftige verstanden. Dies bezieht sich zunächst auf Kinder, die besonderen Risikofaktoren ausgesetzt sind (z. B. Armut, Bildungsferne, fehlende deutsche Sprachkenntnisse); »potenziell wird diese Konstruktion aber auch auf alle Kinder angewandt« (a.a.O.: 76).

Besonders beigetragen zur Etablierung des Paradigmas der Risikokindheit hat die Berichterstattung in den Medien über einzelne Fälle von Kindesmissbrauch oder Kindeswohlgefährdung (z. B. Fegert/Ziegenhain/Fangerau, 2010; Biesel, 2011; Brandhorst, 2015). Diese Berichterstattung hat zu einer starken Emotionalisierung bis hin zu moralischer Panik (»moral panics«; Thompson, 1998) in der Bevölkerung geführt, die Kinder verstärkt Gefahren ausgesetzt sieht.

Aufgrund der Bedeutung der Kindheit und der potenziellen Bedrohung dieser Phase wird

Information

10 Jahre

Fachverband Traumapädagogik e.V.

Fachtag zur Einführung eines »Traumapädagogischen Qualitätssiegels«
für stationäre Jugendhilfeeinrichtungen am 15. und 16. November 2018 Frankfurt/M.

Mit dem vorliegenden Zertifizierungsverfahren bekommen Einrichtungen anhand einer am Anfang des Verfahrens stehenden traumapädagogischen Institutionsanalyse (»Orientierung«) Hilfestellung dabei, sich auf einen Prozess einzulassen, in dem in einem dialogischen Zusammenspiel zwischen Zertifizierungsstelle, Mitarbeitenden, jungen Menschen und Einrichtungsleitung (»Dialog«) daran gearbeitet wird, diese Standards in der Einrichtung umfassend zu implementieren und sich das, am Ende dieses Prozesses, mit einem Zertifikat bestätigen zu lassen (»Zertifizierung«).

Der diesjährige Fachtag des »Fachverbandes Traumapädagogik« stellt dieses neue »Traumapädagogische Qualitätssiegel« aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln vor. Und er feiert die Fertigstellung eines Verfahrens, welches für viele Fachleute ein Meilenstein in der nachprüfbaren Umsetzung traumapädagogischer Grundhaltungen und Schlüsselprozesse in der Heimerziehung darstellt.

Tagungsort Saalbau Griesheim Frankfurt

Adresse

Schwarzerlenweg 57
65933 Frankfurt am Main
Tel.: 069/38 87 07

www.fachverband-traumapaedagogik.org

np-Sonderheft 14

Die herausgeforderte Profession – Soziale Arbeit in multiprofessionellen Handlungskontexten

Hrsg. Nina Thime/Mirja Sildenbeumer

Die rapide Transformation des deutschen Wohlfahrtsstaates hin zu einem Sozialinvestitionsstaat und damit verbundene neoliberale Politiken stellen eine grundlegende Herausforderung Sozialer Arbeit als Profession und mit Blick auf ihre Professionalität dar.

Hinzu kommt für Soziale Arbeit im Zuge gegenwärtiger Ausdifferenzierung und Diversifizierung (sozial-)pädagogischer Felder und einer damit einhergehenden institutionellen Notwendigkeit multiprofessioneller Zusammenarbeit eine weitere, ebenso grundlegende Herausforderung: Gerade in der Zusammenarbeit mit anderen professionellen Berufsgruppen stellt ein statuspolitisch notwendiges und als Fundament einer eigenständigen professionellen Praxis geltendes – vor dem Hintergrund der durch gegenwärtige wohlfahrtsstaatliche Transformationsprozesse bedingten Herausforderung Sozialer Arbeit eher als prekär einzustufendes – Ausweisen eigener Zuständigkeit ein wesentliches Erfordernis dar, das jedoch gleichzeitig im Rahmen einer multiprofessionellen Zusammenarbeit auch irritiert wird.

Das Sonderheft diskutiert erstmalig diese Herausforderungen Sozialer Arbeit in Form theoretischer Vergewisserungen und empirischer Analysen, mit Blick auf verschiedene Handlungskontexte, und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Fundierung der eigenen Professionalität in der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen multiprofessioneller Kooperation.

Mit Beiträgen von:

Roland Becker-Lenz, Oliver Böhm-Kasper, Birgit Bütow, Peter Cloos, Christine Demmer, Tobias Franzheld, Johanna Ginter, Lisa Maria Groß, Benedikt Hopmann, Oliver Käch, Marlene Kowalski, Katharina Kunze, Svenja Marks, Susanne Maurer, Silke Müller-Hermann, Lukas Neuhaus, Alexandra Retkowski, Julian Sehmer, Mirja Silkenbeumer, Nina Thieme, Werner Thole, Norbert Wohlfahrt, Maren Zeller, Holger Ziegler

126 Seiten, für Abonnent_innen der np und SLR: 18,00 EUR,
für nicht Abonnent_innen: 22,00 EUR zzgl. Versandkosten

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag:
www.neue-praxis-shop.de

ISBN 978-3-9810815-9-6

np-Sonderheft 15

Rassismus in der sozialen Arbeit und Rassismuskritik als Querschnittsaufgabe

Perspektiven für Wissenschaft und Praxis

Hrsg. Christine Hunner-Kreisel/Jana Wetzel

Rassismus, Diskriminierungs- und *Othering*-Prozesse sind keine neuen Phänomene in unserer Gesellschaft. Insbesondere im Zusammenhang mit dem europäischen Grenzregime und den Flucht- und Migrationsbewegungen des Jahres 2015 und 2016 lässt sich jedoch eine zunehmende und radikalisierte, gleichzeitig auch scheinbar selbstverständliche Orientierung an vermeintlich religiös und kulturell markierten Differenzierungen feststellen. Die zunehmende Akzeptanz von rechten und rassistischen Äußerungen und Praktiken auch jenseits organisierter, alter und neuer Strukturen der Rechten, kann in einen Zusammenhang mit dem Zugewinn an Wähler*stimmen der AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg im März 2016 sowie inzwischen über ihren Einzug als drittstärkste Partei in den deutschen Bundestag im Jahr 2017 gestellt werden. Neben Formen von direktem Rassismus, wie bspw. in Form von körperlichen Angriffen, eindeutigen Bezügen mit rassistischer Sprache oder Symbolik, existieren wesentlich subtilere Formen von Rassismus, die von einem Großteil der Weißen Mehrheitsangehörigen nicht erkannt oder benannt werden. Damit wird Rassismus aus der ›Mitte der Gesellschaft‹ ausgelagert und als Problem von individuellen Einstellungen sowie verkürzt als Vorurteile und Stereotypisierungen wahrgenommen, gedeutet und bearbeitet. Stattdessen muss Rassismus als Machtproduktion auf der Grundlage von rassistischen Herrschaftsstrukturen unserer Gesellschaftsordnung (an-)erkannt und thematisiert werden, um als Konsequenz die Betroffenheit aller in den Fokus der Analysen zu rücken. Rassismus zeigt sich auch als wahrnehmungs- und handlungsleitend in Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit. Umso wichtiger ist es in Kontexten von Pädagogik und Sozialer Arbeit Räume für dekonstruierende Perspektiven zu fordern und nicht in homogenisierenden und essentialisierenden Unterscheidungslogiken, wie in interkulturellen Konzepten weit verbreitet, zu verbleiben. Es muss darum gehen, kritisch auf die gesellschaftliche und soziale Hervorbringung von Positionierungen zu blicken.

Mit Beiträgen von:

Kemal Bozay, Markus End, Yasmina Gandouz-Touati, Nissar Gardi, Farid Hafez, Shadi Kooroshy, Tobias Linnemann, Paul Mecheril, Claus Melter, Inga Oberzaucher-Tölke, Büşra Okcu, Kim Annakathrin Ronacher, Saphira Shure, Asmaa Soliman, Wolfram Stender, Erol Yildiz, Safiye Yildiz.

156 Seiten, für Abonnent_innen der np und SLR: 18,00 EUR

Für nicht Abonnent_innen: 22,00 EUR zzgl. Versandkosten

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag:

www.neue-praxis-shop.de

In den nächsten Heften u. a.

- Die Macht der Kritik. Eine diskursanalytische Studie des theoriebildenden Gegenstands der Sozialen Arbeit
- Direktiv, reflexiv oder informativ? Beratungsstile in der Berufsberatung
- Geschichten zum beruflichen Alltag in der Sozialen Arbeit als Zugang zu einer Historiographie wohlfahrtsstaatlicher Transformation „von unten“
- Gemeinwesenarbeit, eine endliche Geschichte? Über Mensch, Subjekt und die theoretische Fundierung von Handlungsformen
- Profession ohne Auftrag? Vom Verschwinden der Hilfe in einem helfenden Beruf
- Wie die AfD mit der wachsenden Armut umgeht. Problemverdrängung und Sozialpopulismus statt Sozialpolitik